

Fortsetzung

«Dieses EU-Mandat ist schlimmer ...»

In der SVP gibt es zu diesem Thema nicht bloss eine Meinungsverschiedenheit, sondern einen Graben zwischen den Wählern und den Parlamentariern. Letztere haben die Vorlage geschlossen abgelehnt.

Die Diskussion ist interessant. Ich wäre grundsätzlich für eine 13. AHV-Rente, sogar für eine 14. Aber wir haben keine Finanzierung dafür. Das ist verantwortungslos. Wird die Initiative angenommen, geht entweder die AHV zugrunde, oder man muss die Mehrwertsteuer und/oder die Lohnabzüge erhöhen. Das bedeutet weniger Lohn in der Tasche und eine Verteuerung der Konsumgüter, vom Brot bis hin zum Fernseher. Die Inflation wird steigen und die Kaufkraft sinken.

Bei 12 Prozent der über 65-Jährigen reicht die Rente aus AHV und Pensionskasse nicht zum Leben. Sie brauchen zusätzlich Ergänzungsleistungen. Ist da nicht etwas faul am System?

Nein, aber die Ärmsten – die Fürsorgefälle – kann man nicht über die AHV und die 2. Säule finanzieren. Diese Menschen muss man fürsorglich gezielt unterstützen. Heute schon ist das so, zum Beispiel mit einer Verbilligung der Krankenkassenprämien und mit Ergänzungsleistungen.

Wer Ergänzungsleistungen beantragt, muss sich vor den Behörden ausziehen und seine ganzen Finanzen offenlegen. Viele empfinden das als demütigend.

Wenn man Geld will, muss man sagen, wofür. Das ist doch selbstverständlich.

Aber ist es richtig, dass ein Arbeiter, der sein Leben lang für 4000 Franken im Monat gearbeitet hat, am Schluss beim Staat um Ergänzungsleistungen betteln muss, damit er überleben kann?

Es gibt nur noch wenige Menschen, die bei einem Vollzeitjob weniger als 4000 Franken verdienen.

Auch wer 5000 Franken verdient, bekommt später eine Rente, die kaum ausreicht.

Auch das stimmt. Doch die AHV ist nur eine von drei Säulen. Aber in der Schweiz kommt jeder Rentner mindestens zu seinem Existenzminimum. Das wird mit Prämienverbilligungen und Ergänzungsleistungen verbessert. Ich sehe eher ein anderes Problem.

Welches?

Viele wollen gar nicht mehr fürs Alter sparen. Erst gestern erzählte mir ein jüngerer Mann, sein Vater sei jetzt im Altersheim, seine Familie müsse für den Aufenthalt aufkommen. Im Zimmer nebenan sei ein anderer Mann, der habe kein Geld, bekomme aber die gleiche Leistung. Der Schluss, den der junge Mann daraus zieht: Er will nur noch 80 Prozent arbeiten, so viel wie er gerade fürs Leben braucht. Für das Alter Sorge ja dann der Staat. Er könnte sich täuschen.

Hat die reiche Schweiz Ihrer Meinung nach tatsächlich nicht genug Geld für anständige Renten?

Was heisst genug Geld? Schauen Sie nur, wie viele Milliarden Franken Entwicklungsgelder wir ins Ausland schicken, ohne dass sie den geringsten Nutzen haben. Warum nützt man diese Gelder nicht für eine 13. AHV-Rente? Wir von der SVP sind schon lange für die rigorose Kürzung der Entwicklungshilfe. Die Gleichen, die eine 13. Rente ohne Bezahlung wünschen, werfen das Geld an anderen Orten zum Fenster hinaus. **Man könnte ebenso gut auf die geplante Aufstockung**



«Das Schweizervolk sieht, die selbstständige Schweiz funktioniert besser als die Fehlkonstruktion EU», sagt Christoph Blocher. «Und das soll nun aufgegeben werden?»

des Armeebudgets um jährlich 7 Milliarden verzichten. Damit könnte man die Hälfte der 13. AHV-Rente finanzieren.

Dieses Geld braucht es dringend, um die Sicherheit der Schweiz zu verbessern. Es kommt den Schweizern zugute. Ich bleibe dabei. Die vorliegende Initiative der Gewerkschaften preist Geschenke für die Bevölkerung an. Dies wird nicht nur die AHV ruinieren, sondern auch die Wohlfahrt aller Schweizerinnen und Schweizer schwächen!

In der EU-Frage hingegen ziehen Sie in die gleiche Richtung wie die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften merken jetzt, dass die Übernahme des EU-Rechtes für die Schweiz sehr nachteilig ist. Sie müssen zugeben, dass es den Arbeitern hierzulande viel besser geht als in der EU. In Deutschland sind die Löhne 30 Prozent tiefer. Diesen schweizerischen Vorteil wollen sie schützen. Nun wollen sie den freien Arbeitsmarkt in der Schweiz – eine grosse Stärke der Schweiz – ausser Kraft setzen. Das braucht es nicht, wenn wir auf den Kolonialvertrag verzichten. Ich hoffe, dass die Gewerkschafter bis zum Ende den Kolonialvertrag bekämpfen.

«Die EU will Geld, Geld, Geld – und die Classe politique will die lästigen Volksabstimmungen und das Kantonsmehr beseitigen.»

Weil Sie dann bessere Chancen haben zu gewinnen.

Wir brauchen diese EU-Verträge nicht. Das sage ich Ihnen als Industrieller. Das Ganze wird vorangetrieben durch die EU und unsere Classe politique. Die EU will Geld, Geld, Geld – und die Classe politique will die lästigen Volksabstimmungen und das Kantonsmehr beseitigen!

Ist das neue Verhandlungsmandat kein Fortschritt?

Dieses Mandat ist noch schlimmer als das Rahmenabkommen. Das Wort Geld kommt häufiger vor. Es will, dass nicht mehr die Schweizer, sondern die EU die Schweizer Gesetze erlässt.

Der Bundesrat hat die Möglichkeit, in den Verhandlungen mehr herauszuholen.

In der wesentlichen Frage nicht. Die EU geht auf tutti. Ohnehin ist es eine Frechheit, dass das Common Understanding, das in den Parlamentskommissionen behandelt werden muss, nur auf Englisch vorliegt.

In diesem Dokument haben die Schweiz und die EU die Ergebnisse der Sondierungsgespräche festgehalten.

Was stört Sie dabei?

Englisch ist keine Schweizer Landessprache. Der Bund hätte das Schriftstück für die Beratung in den parlamentarischen Kommissionen zwingend übersetzen müssen. Aus dem Bundeshaus verlautet, das sei nur möglich, wenn es die EU genehmige. Haben wir es schon so weit gebracht?

Was wäre denn die Alternative zu neuen EU-Verträgen?

Wir brauchen nichts dergleichen. Wenn es in einem Sachbereich ein Problem mit der EU gibt, können wir das mit einem einfachen Vertrag regeln, so wie wir das mit anderen Staaten seit über 700 Jahren machen. Eine institutionelle Bindung ist ausgeschlossen. **Wirklich? Die EU ist unsere wichtigste Handelspartnerin.** Bedenken Sie: Die EU verkauft der Schweiz pro Jahr für 170 Milliarden Güter, die Schweiz verkauft der EU aber nur für 156 Milliarden. Einen so guten Kunden, der erst noch zahlen kann, stösst man nicht vor den Kopf.

Die Hochschulen und die Medizinaltechnik-Branche leiden aber schon jetzt unter den Nadelstichen aus Brüssel.

Nur um solchen Nadelsticheleien auszuweichen, opfern wir doch nicht die schweizerischen Staatsäulen. In den USA, England und der Schweiz sind die Hochschulen besser als in der EU. Und der neue FDP-Nationalrat Simon Michel klagt darüber, dass seine Medizinaltechnik-Firma höhere Normierungskosten hat. Wegen solcher Kleinigkeiten können wir

aber nicht die grossen Vorteile der Schweiz opfern. Das würde dann alle treffen.

Die Rechtsprofessorin Christa Tobler sagt, die Schweiz könne die Verträge auch durchwinken und sich dort, wo die EU-Regeln schlecht sind, einfach nicht dran halten.

Wenn das irgendein Transportunternehmer sagt, begreife ich das noch. Dass aber eine Professorin für Europarecht an einer Schweizer Universität eine solche Aussage macht, ist ein veritable Skandal. Die Schweiz ist bekannt für ihren Rechtsstaat und ihre Vertragstreue – und jetzt rufen Professoren dazu auf, beides zu missachten, nur weil sie in die EU wollen.

Die EU-Mitgliedsstaaten halten sich auch nicht immer an die Vorgaben aus Brüssel.

«Ein Tor, der an des Nachbarn Kindesstreichen sich Trost sucht für das eigene schwache Tun.» Es gibt Staaten, die Korruption oder andere Verbrechen dulden. Und jetzt sollen wir das auch tun?

Sind wir in einer ähnlichen Situation wie vor der EWR-Abstimmung?

Wir stehen vor genau der gleichen Situation: Die schweizerische Unabhängigkeit soll preisgegeben und die schweizerische Staatsordnung geopfert werden. Aber dieses Mal sind wir in einer besseren Situation als 1992: Damals war die ganze Classe politique für den EWR/EU-Beitritt. Alle gegen die SVP. Jetzt sind auch die Gewerkschaften dagegen. Und, wie ich lese, auch andere bedeutende Unternehmer wie Alfred Gantner von der Partners Group und Transportunternehmer Hans-Jörg Bertschi. Sie sollen ebenfalls Komitees hinter sich haben. Nicht zu vergessen die Pro Schweiz. Zudem: Das Schweizervolk sieht, die selbstständige Schweiz funktioniert besser als die Fehlkonstruktion EU. Und das soll nun aufgegeben werden?

Selbst Mitte-Chef Gerhard Pfister äussert sich hinter den Kulissen kritisch.

Er merkt natürlich auch, in welche Richtung es geht, und muss schauen, dass er am Ende auf der richtigen Seite steht.

Wird er seinen Widerstand durchziehen?

Dafür möchte ich nicht die Hand ins Feuer legen. Ich habe schon zu oft erlebt, dass er plötzlich wieder auf der anderen Seite war. **Wird es eine Volksabstimmung geben, oder werden die Pläne wieder vorzeitig beerdigt?** Ich höre aus der Verwaltung, dass man will, dass es bis zur Volksabstimmung kommt. Aber man versucht bereits das obligatorische Referendum auszuschalten. So oder so – dieser Kolonialvertrag ist mit allen Mitteln zu bekämpfen.

«Im EJPD konnte ich die Asylzahlen senken. Hätte ich bleiben können, wären wir noch viel weiter gekommen.»

Mit Ihnen an der Spitze?

Sollte ich dereinst immer noch genug Kraft haben, werde ich mich auf jeden Fall im Abstimmungskampf engagieren. Ich hoffe aber, nicht an der Spitze. **Es ist schon Mittag. Haben Sie noch Zeit, über Ihr zweites Lieblingsthema zu sprechen?** Wir können problemlos überziehen.

Dann stellen wir die Frage: Was haben Sie gegen Einwanderer? Wir brauchen doch dringend Fachkräfte aus dem Ausland.

Fachkräfte schon, aber nicht diese masslose Zuwanderung! Diese ist die Ursache fast aller Übel in unserem Land. Sie können anfangen, wo Sie wollen. Ich habe eine Enkelin – eine Erstklässlerin. Sie ist die Einzige in ihrer Klasse, die Mundart spricht. Die Lehrerin verzweifelt. Schauen Sie die Wohnungsnot an, den Stau auf den Strassen, die überfüllten die Kulturlandverlust, die Krankenkassenprämien, die höhere Kriminalität ...

An dem allem soll die Zuwanderung schuld sein?

Ja, im Kantonsspital habe ich jüngst einen Arzt gefragt, wie viele Ausländer behandelt werden. Ich schätzte, dass es etwa 70 Prozent sind. Er durfte es nicht sagen und meinte, dass es

mehr seien. Man muss sich das einmal vorstellen: Wir pflegen in den Spitälern vor allem Ausländer und brauchen dafür zusätzliches Personal aus dem Ausland. Der Kreis dreht sich ins Unendliche. Endlich lösen müssen wir das Problem mit der masslosen Zuwanderung.

Wie denn?

Wir müssen die Zuwanderung wieder selbst steuern. Das Mittel dazu haben wir in der Verfassung verankert. Die Politiker sind verpflichtet!

Nochmals: Uns fehlen in vielen Branchen Arbeitskräfte.

Die finden wir auch ohne Personenfreizügigkeit. Wir würden nur noch die Leute ins Land lassen, die wir wirklich brauchen. Zudem könnten kurzzeitige Arbeitsbewilligungen für drei bis sechs Monate gewährt werden. Ohne Familiennachzug.

Statt ständig zu meckern, könnte die SVP auch das für Migrationsfragen zuständige Justiz- und Polizeidepartement übernehmen.

Wir verlangen, dass die Bundesverfassung angewendet wird. Entschuldigen Sie, aber wer war im EJPD und hat dafür gesorgt, dass es besser werden wird? **Sie, von 2003 bis zur Abwahl 2007.**

Ja, und ich hätte nach zwei Jahren ins Wirtschaftsdepartement wechseln können, was mir als Unternehmer näherstand. Doch ich zog es durch, und in den letzten zwei Jahren meiner Amtszeit gelang es mir, wenigstens die Asylzahlen spürbar zu senken. Wenn ich hätte bleiben können, wären wir noch viel weiter gekommen.

Warum übernahm nach Ihnen niemand aus der SVP das EJPD?

Guy Parmelin musste vom VBS ins Wirtschaftsdepartement wechseln, damit in der Schweiz nicht der freie Arbeitsmarkt ausser Kraft gesetzt wird.

Vor einem Jahr hätte Albert Rösti die Chance gehabt, das EJPD an sich zu reißen.

Ja, aber die Zustände im Energie-departement machten Rösti dort nötig. Jedes Problemdepartement will man jetzt der SVP geben. Dann müssten ihr der SVP mehr Bundesratssitze geben. Wir haben nichts dagegen.